

Ortsamt Blumenthal

### Protokoll über die Sitzung

**des Gremiums:** Ausschuss Arbeit, Wirtschaft, Handel und Gewerbe  
**am:** Montag, 15.10.2012  
**Ort:** Aula des Schulzentrums Eggestedter Str.

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20.59 Uhr

#### **Sitzungsteilnehmer:**

Vom Ausschuss:

Peter Geis (als Vertreter für Frau Spies)  
Andreas Pfaff  
Alex Schupp (als Vertreter für Frau M. Stitz)  
Eike Schurr  
Harald-Christian Sociu  
Hans-Gerd Thormeier  
Holger Wischhusen (Vertreter gem. § 23, 5 BeirG)

Es fehlten:

Heike Spies  
Helma Stitz  
Marlene Stitz

Gäste aus dem Beirat:

Anke Krohne  
Ralf Schwarz

Gäste

Frau Simone Gessner (Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)  
Herr Volker Ballhausen (Wirtschaftsförderung Bremen GmbH)  
Herr Markus Daebel (Betriebsrat TanQuid GmbH)

Ortsamtsleiter  
Verwaltungsbeamtin

Peter Nowack, Vorsitz  
Heike Rohde, Protokoll

Herr Nowack eröffnet die Sitzung um 18.35 Uhr und begrüßt die Anwesenden.  
Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen und somit in folgender Reihenfolge abgewickelt:

#### Tagesordnung:

1. Begrüßung; Genehmigung der Tagesordnung
2. Verpflichtungen von Frau Spies, Frau Stitz und Herrn Wischhusen
3. Wahl des /der Ausschussvorsitzenden  
3.a. Wahl des / der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
4. Gewerbeentwicklungsplan  
als Gast: Frau Simone Gessner, (Referatsleiterin Gewerbeplanung,  
Regionalplanung, Geologischer Dienst, Ref. 10, Der Senator für  
Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

5. Situation Tanklager Farge

6. Verschiedenes

#### TOP 2: Verpflichtungen von Frau Spies, Frau Stitz und Herrn Wischhusen

OAL Nowack nimmt die Verpflichtung von Herrn Wischhusen vor.  
Die Verpflichtungen von Frau Spies und Frau Stitz werden vertagt.

#### TOP 3: Wahl des /der Ausschussvorsitzenden 3.a. Wahl des / der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Das Vorschlagsrecht zur Wahl des Ausschussvorsitzenden liegt bei der CDU.  
Vorgeschlagen wird Herr Andreas Pfaff.  
Mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltungen wird Herr Pfaff gewählt.

Die Wahl des / der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden wird vertagt.

#### TOP 4: Gewerbeentwicklungsplan als Gast: Frau Simone Gessner, (Referatsleiterin Gewerbeplanung, Regionalplanung, Geologischer Dienst, Ref. 10, Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage) stellt Frau Gessner das Gewerbeentwicklungsprogramm vor und erläutert, dass Stellungnahmen und Bedenken seitens der Beiräte und Bürger bei der Entwicklung berücksichtigt werden sollen. Im nächsten Jahr soll der Plan dem Senat und der Bürgerschaftsdeputation zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Räumlicher Schwerpunkt in Blumenthal sei das BWK-Gelände. Farge-Rekum soll nicht entwickelt werden.

Die Fokussierung der Gewerbeentwicklung liege zurzeit auf der Bestandsentwicklung. Man müsse aber bedenken, dass diese im Gegensatz zu einer Neuentwicklung durch vorhandene Rahmenbedingungen (wie z. B. der Denkmalschutz - der für Bremen auch eine Verpflichtung ist - und der Hochwasserschutz) schwieriger als eine Neuentwicklung sei.

Für das BWK-Gelände werden auch Wasser- und / oder Kajennutzung angedacht. Da auf jeden Fall Ertüchtigungsmaßnahmen umgesetzt werden müssen, werde durch die jetzige Planung nichts „verbaut“.

Während der folgenden Aussprache wird erläutert, dass Gewerbeflächen in den Vermarktungsstrategien alle gleich dargestellt werden, viele Firmen aber einfach kein Interesse an bestimmten Flächen zeigten. Auch das Gewerbegebiet Farge-Ost werde zurzeit nicht nachgefragt.

Der Beirat hebt hervor, dass seiner Auffassung nach keine Gewerbeflächen aufgegeben werden sollten.

Es wird deutlich gemacht, dass der Bebauungsplan für die Nordbremer Gewerbegebiete noch in der Entwicklung sei, es wird angestrebt, eine industrielle Ausweisung zu erreichen. Ein Lärmschutzgutachten liegt noch nicht vor, jedoch werden bei der Zielsetzung die Umgebungsaspekte berücksichtigt. Es werden dazu Immissionspunkte definiert und dann die Flächenschalleleistungspegel generiert, zudem werden die Flächen kontingentiert. Unabhängig von der Kontingentierung gelten die Immissionspunkte. Alle Unternehmen sind aufgefordert, den neuesten Stand der Technik einzuhalten.

Es wird noch einmal der Bebauungsplan Nr. 45 der Gemeinde Berne thematisiert und die Frage des Einflusses des dort erstellten Lärmgutachtens auf das BWK-Gelände hinterfragt.

Demzufolge besteht ein gemeindliches Einvernehmen, die Gemeinde Berne berücksichtigt bei der Gutachtererstellung den Lärmschallpegel des BWK-Geländes. Es gebe somit keine Einschränkungen durch höhere Ausweisungen von Berne.

Im Folgenden wird der Entwurf der Stellungnahme des Beirates Blumenthal zum Gewerbeentwicklungsplan diskutiert.

Folgende Änderungsanträge werden gestellt:

Antrag 1 Bündnis 90/ Die Grünen:

Im 6. Absatz des Entwurfes soll der Begriff „industrielle Produktion“ gestrichen werden. Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme und 5 Nein-Stimmen abgelehnt.

Antrag 2 Bündnis 90 / Die Grünen:

Im 6. Absatz des Entwurfes soll der Begriff „Ansiedlung von Offshore“ gestrichen werden. Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Antrag 3 Bündnis 90 / Die Grünen:

Der erste Satz der zweiten Seite „Eine Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben in den Blumenthaler Gewerbegebieten wird vom Beirat konsequent abgelehnt“ soll gestrichen werden.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Antrag 4 CDU:

Der Satz „Dabei ist zu prüfen, ob das Gewerbegebiet Farge-West und das angedachte Gewerbegebiet in Rekum weiterhin eine wichtige Rolle spielen können.“ soll geändert werden in:

„An der bisherigen Planung zur Ausweisung des Gewerbegebietes in Farge-Rekum soll festgehalten werden. Das Gewerbegebiet Farge-West und das angedachte Gewerbegebiet in Rekum müssen weiterhin eine wichtige Rolle spielen.“

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Antrag 5 CDU:

Der erste Satz der zweiten Seite „Eine Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben in den Blumenthaler Gewerbegebieten wird vom Beirat konsequent abgelehnt“ soll geändert werden in:

„Eine Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben in den Blumenthaler Gewerbegebieten wird vom Beirat insoweit abgelehnt, wie sie nicht mit den Zielen des Bremischen Zentren- und Nahversorgungskonzept in Einklang gebracht werden können.“

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme angenommen.

Der Entwurf der Stellungnahme wird mit den abgestimmten Änderungsanträgen als Ganzes bei 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme angenommen.

## TOP 5: Situation Tanklager Farge

OAL Nowack erläutert den zeitlichen Ablauf der eingegangenen Informationen über die geplante Aufgabe des Tanklagers Farge und die Gefahr des Verlustes der Arbeitsplätze.

Frau Gessner berichtet, dass das Bundesministerium für Verteidigung den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (SWAH) über die Aufgabe des Tanklagers durch die Bundeswehr informiert hat.

Das Gebiet soll an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zur Verwertung übertragen werden.

SWAH habe nun die Aufgabe, Planungsziele in Bezug auf Arbeitsplätze, naturschutzrechtliche Ziele und Altlasten (Sanierungsaufgaben weiterführen) erklären, damit

das Gelände an eine privaten Investor veräußert werden könne. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich 1/3 des Geländes auf niedersächsischem Boden (Schwanewede) befindet.

Im Idealfall sollen die Schwaneweder die Planungsziele mittragen.

Der interne Abstimmungsprozess werde hoffentlich kurzfristig erfolgen, damit dann ein Treffen aller Beteiligten stattfinden könne.

Evtl. Rückbaukosten militärischer Anlagen trage der Bund, wenn die militärische Nutzung allerdings aufgegeben würde, käme das private Planungsrecht zum Tragen und eine Vermarktung ohne die Beteiligung Bremens wäre nicht möglich.

Herr Daebel betont, dass es eine politische Entscheidung sei, ob das Tanklager aufgegeben werde und möchte seine Informationen an den Beirat als Hilferuf verstanden sehen. Zurzeit habe die Bundeswehr keinen Bedarf mehr, Ursachen lägen auch bei Umstrukturierungen bei der Bundeswehr.

Das Unternehmen schreibe aber schwarze Zahlen. Hauptkunde sei der Erdöl-Bevorratungs-Verband.

Nach kurzer Diskussion über mögliche Lösungsansätze wird vorgeschlagen, OAL Nowack möge ein Schreiben mit folgenden Kernaussagen formulieren:

- Die Belegschaft des Tanklagers soll über den 31.05.2013 hinaus beschäftigt bleiben
- Das Tanklager soll auf lange Sicht weiterbetrieben werden
- der Behalt einer strategischen Reserve möge geprüft werden
- Die Zuständigkeiten bei einer Sanierung sollen festgestellt werden
- Die geschichtliche Bedeutung des Tanklagers soll unterstrichen werden

Dieses Schreiben soll an das Bundesministerium für Verteidigung, an die BImA und zur Kenntnis an SWAH gerichtet sein.

Der Vorschlag wird mit 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme angenommen.

Eine Bürgerin äußert sich besorgt über Kontaminierungen des Grundwassers und der Umgebung und bittet, dass nur zertifizierte Firmen mit einer evtl. Sanierung beauftragt werden.

OAL Nowack beendet die Sitzung um 20.59 Uhr.

gez. Nowack

gez. Pfaff

gez. Rohde

\_\_\_\_\_  
Ortsamtleiter

\_\_\_\_\_  
Ausschuss-Sprecher

\_\_\_\_\_  
Protokollführerin

Anlage

Präsentation Gewerbeentwicklungsplan